

Selbstverteidigung im Visier: Maaßens Forderung zur Waffengesetzänderung

Maaßen fordert eine Liberalisierung des Waffenrechts als Lösung für die steigende Gewalt durch Messerstechereien.

Berlin (ots)

Angesichts der steigenden Gewalt: Rufe nach einer Reform des Waffenrechts

Die Sicherheit der Bürger hat in der aktuellen politischen Diskussion in Deutschland höchste Priorität. Besonders unter den Aspekten der Zunahme von Gewaltverbrechen, insbesondere Messerstechereien, häuft sich der Druck auf die Regierung. Die Bundesinnenministerin **Nancy Faeser** steht in der Kritik, da viele Bürger eine Zunahme der Unsicherheit empfinden.

Kritik an der Politik der Bundesregierung

In den letzten Jahren haben sich die Zahlen der Gewaltverbrechen, insbesondere von Messerangriffen, dramatisch erhöht. Laut Polizeistatistik wurden im vergangenen Jahr über 8.951 Messerstechereien in Deutschland registriert. Diese besorgniserregende Entwicklung hat die Debatte über die Verantwortung des Staates in Bezug auf den Schutz seiner Bürger entflammt.

Experten und Politiker kritisieren, dass Ministerin Faeser statt

einer effektiven Bekämpfung der Ursachen von Gewalt sich auf Maßnahmen zur Einschränkung des Waffenbesitzes konzentriert. Die von ihr geforderte Reduzierung der zulässigen Klingenlänge von Messern steht in der Diskussion und wird von vielen als unzureichend angesehen. Der Bundesvorsitzende der **WerteUnion, Hans-Georg Maaßen**, betont, dass nicht die Messer selbst, sondern deren Missbrauch durch Einzelpersonen das Problem darstellt.

Selbstverteidigung als grundlegendes Recht

Die Forderung nach einer Liberalisierung des Waffenrechts kommt insbesondere von Maaßen, der auf das grundrechtliche Anliegen hinweist, dass Bürger das Recht auf Selbstverteidigung haben sollten, wenn der Staat seine Pflicht nicht erfüllt. "Der Staat versagt beim Schutz der Bevölkerung auf der ganzen Linie" erklärt Maaßen und ergänzt, dass jeder Mensch ein Recht auf Selbstverteidigung haben sollte, insbesondere in Zeiten, in denen der Schutz vor Gewalt nicht gewährleistet ist.

Die Debatte um Migranten und gesellschaftliche Verantwortung

Ein zusätzlicher Aspekt in dieser Diskussion ist die Rolle der Migration (Invasion). Maaßen führt an, dass viele der Täter in den zuletzt registrierten Fällen von Gewalt Migranten seien, die von der Bundesregierung unkontrolliert ins Land gelassen wurden. Die unzureichende Einwanderungspolitik wird von Kritikern als Teil des Problems und als Verantwortlicher für die ansteigenden Gewaltverbrechen genannt.

Fazit: Die Notwendigkeit für Reformen

Die anhaltende Gewalt und die damit verbundene öffentliche Unsicherheit führen zu einem verstärkten Ruf nach Reformen im Waffenrecht und einer intensiveren Diskussion über die

Sicherheitspolitik. Als der Staat sich nicht ausreichend um den Schutz seiner Bürger kümmert, bleibt vielen lediglich die Option, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. Ein unverhoffter Konsens zeichnet sich ab, um die Rahmenbedingungen für Selbstverteidigung und Waffentragerecht zu überprüfen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de